

Krafauner Zeitung.

Nr. 49.

Dinstag den 1. März

1864.

Die „Krafauner Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: in Crafaun 3 fl., mit Verrechnung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die viergespaltene Zeitspalte 5 Kr., im Anzeigebblatt für die erste Einrückung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gekker übernimmt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Bei der Administration der „Krafauner Zeitung“ sind für die verwundeten Soldaten unserer tapferen Armee in Schleswig, so wie für die Wittwen und Waisen der Gefallenen folgende milde Spenden eingegangen von den Herren Beamten der Crafauner k. k. Kreisbehörde 12 fl. — fr. Beamten der k. k. Post-Verwaltung zu Crafaun 18 = 50 = Beamten des k. k. Oberlandesgerichts 62 = 50 = Alfred Ritter v. Peyersfeld 1 = — = Adolph Hübnier 5 = — = Krongold 1 = — = Zusammen 100 fl. — fr. Hiezu die früher ausgewiesenen 109 = — = Summa 209 fl. — fr.

Diese freundlichen Gaben, für welche die Administration den so rege Theilnahme bekundenden Gekbern ihren innigen Dank abstattet, wurden bereits zur Weiterbeförderung dem k. k. Statthalterei-Commissions-Präsidium übergeben. Crafaun, am 29. Februar 1864.

Carl Budweiser.

Amtlicher Theil.

Kundmachung.

Mit Beziehung auf die Kundmachung vom 27. d. M., mit welcher der Belagerungszustand über Galizien mit Crafaun verhängt wird, finde ich die allgemeine Entwaffnung anzuordnen.

Demzufolge ist jeder Besitzer wie immer gearteter Schuß- Hieb- und Stichwaffen, dann von Munitions- Gegenständen verpflichtet, dieselbe an die hiezu bestimmte Behörde abzuliefern.

Von dieser Verpflichtung sind ausgenommen:

- die zum Tragen von Seitengewehren oder andern Waffen berechtigten Beamten und Wachen;
- das im ausübenden Dienste stehende besetzte Forstaufsichts- und Schutzpersonal bezüglich jener Waffen, zu deren Gebrauch dasselbe befugt ist;
- jene Personen, welche von mir eine besondere Bewilligung zum Waffenbesitz besitzen, oder zum Waffentragen ertheilt werden wird; endlich ist unter den Hieb- und Stichwaffen die Karabela als Bestandtheil der Nationaltracht von der Ablieferung dann ausgenommen, wenn der Besitz derselben mittelst eines bisher gültigen Waffenpasses gedeckt ist.

Die Ablieferung aller übrigen Waffen und Munitionsgegenstände hat in Orten, wo Polizei-Directionen bestehen, an diese, sonst an die zuständige k. k. Kreisbehörde stattzufinden.

Werden mehrere Waffentücke abgeliefert, dann ist ein genaues Verzeichniß derselben sammt Beschreibung beizubringen.

Jedermann steht es frei, seine Waffen wohlverpackt, verschlossen und versiegelt abzuliefern. In diesem Zustande werden sie sodann übernommen und erst feinerzeit vor der Zurückstellung besichtigt werden.

Die Ablieferung aller Waffen- und Munitionsgegenstände hat längstens binnen 14 Tagen, vom Tage der Verlautbarung dieser Kundmachung an gerechnet, stattzufinden.

Ueber die abgelieferten Waffentücke oder Risten mit Waffen und ihre Bezeichnung wird jedem Eigenthümer ein Empfangschein von der zu bestellenden Uebernahme-Commission ausgestellt werden, der feinerzeit bei der Zurückstellung der Waffen beizubringen, daher sorgfältig aufzubewahren sein wird.

Wer nach Ablauf des vierzehntägigen Ablieferungs-Termines im Besitze einer, wenn auch mittelst vor dieser Kundmachung ausgesetzten Waffenpasses oder einer solchen Waffenbesitzbewilligung gedeckten, sei es eigenen oder fremden Waffe, oder im Besitze von Munition betreten werden sollte, wird vom Kriegsgerichte nebst Verfall der Waffe oder Munition mit Geld von 25 bis 500 Gulden, oder mit Arrest von 8 Tagen bis zu drei Monaten gestraft werden.

Sollten verbotene oder Kriegswaffen und dergleichen Munitionsgegenstände vorgefunden werden, so hat Derjenige, der sie besitzt oder verborgen hält, sofern er keiner strenger verpönten Handlung schuldig befunden wird, eine Geldstrafe bis 1000 fl., oder eine nach Umständen verstärkte Arreststrafe bis zu einem Jahre zu gewärtigen.

Lemberg den 28. Februar 1864.

Graf Mensdorff-Pouilly,
Feldmarschall-Lieutenant.

Kundmachung.

Alle Ausländer, welche sich, sei es mit oder ohne Ausweis-Documenten, dann mit oder ohne Aufenthalts-Bewilligung in Galizien mit Crafaun aufhalten, haben binnen 48 Stunden, u. z. in Orten, wo Polizei-Directionen sind, bei diesen, sonst bei dem zuständigen k. k. Bezirksamte persönlich zu erscheinen, und unter Vorweisung ihrer Legitimationspapiere, dann mit Namhaftmachung des Zweckes ihres Aufenthaltes, die Aufenthalts-Bewilligung nachzusuchen.

Ausländer, welche dieser Aufforderung zur Meldung nicht rechtzeitig nachkommen, werden, abgesehen von dem sonst gegen sie eintretenden Strafverfahren, ohne Rücksicht auf das Schicksal, welches sie erwartet, ausnahmslos in ihre Heimat zurückgeschafft werden. Lemberg den 28. Februar 1864.

Graf Mensdorff-Pouilly,
Feldmarschall-Lieutenant.

Nr. 987.

Die Gemeinde Binarowa, Sandecer Kreises, hat sich im Zwecke der Dotirung einer Trivialschule im Orte verbindlich gemacht, zum Unterhalt des Lehrers jährlich 180 fl. ö. W. beizutragen, das bereits erbaute Schulhaus im guten Stande zu erhalten, endlich die von der betreffenden Gutsfrau Josephine Baerenreiter zur Schulbeheizung zugesicherten 6 N. D. Klasten weiches Brennholz unentgeltlich zu fällen und zuzuführen.

Dieses an den Tag gelegte Streben nach Förderung der Volksbildung wird anerkennend zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Crafaun, am 14. Februar 1864.

Nr. 773.

Die Gemeinden Niebylec, Jawornik, Malówka, Gwoździanka und Blizianka, Nieszower Kreises, haben sich im Zwecke der Dotirung einer Pfarrschule in Niebylec, an welcher der Schul- und Organistendienst verbunden sein soll, verbindlich gemacht, zum Unterhalt des Lehrers jährlich 109 fl. 25 kr. ö. W. beizutragen, ein angemessenes Schulhaus zu erbauen, die nöthigen Einrichtungsgüter anzuschaffen und für die Beheizung und Säuberung der Schule Sorge zu tragen.

Dieses an den Tag gelegte löbliche Streben nach Förderung der Volksbildung wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Crafaun, am 18. Februar 1864.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 23. Februar d. J. dem k. k. Regierungsrathe und Polizeidirector in Crafaun, Carl Englisch, in Anerkennung seiner vorzüglichen Dienstleistung, den Orden der eisernen Krone dritter Classe mit Nachsicht der Taren allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 20. Februar d. J. allergnädigst anzuordnen geruht, daß dem für die Vertheidigung der Hamburger internationalen landwirthschaftlichen Ausstellung bestehenden Landescomité in Pest, dann jenem in Prag für das erwiesene Wirken derselben der Ausdruck der Allerhöchsten Anerkennung und dem österreichischen Commisär bei dieser Ausstellung, k. k. Ministerialrath im Handelsministerium, Dr. Heinrich Wilhelm Babst, für seine verdienstlichen Leistungen der Ausdruck der Allerhöchsten Zufriedenheit beizusetzen werde.

Mit derselben Allerhöchsten Entschlieung geruhten Se. k. k. Apostolische Majestät in Anerkennung der auf landwirthschaftlichem Gebiete erworbenen Verdienste dem Director der erzherzoglich Albrechtischen Herrschaft Saybusch in Galizien, Johann v. Scheiblin, das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens, dem Secretär der königlich ungarischen Landwirthschafts-Gesellschaft in Pest, Stephan v. Morocz, und dem gräflich Thun'schen Wirtschaftsdirector in Bodenbach, Franz Krovy, das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 24. Februar d. J. den Viceadmiral, Louis Ritter v. Franz, zur provisorischen Dienstleistung beim Marineministerium und statt dessen den Einweihungscapitän, Anton v. Pech, zur einseitigen Uebernahme des Insel- und Festungs-Commando nach Vissa allergnädigst zu bestimmen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 11. Februar d. J. die von dem ordentlichen öffentlichen Professor der Rechte an der Wiener Universität, Dr. Joseph Hornig, angeführte Verlegung in den bleibenden Ruhestand allergnädigst zu genehmigen und demselben bei diesem Anlasse in Anerkennung seiner mehr als vierzigjährigen treuen, eifrigen und erwiesenen Verwendung im beehrte tarfrei den Titel und Charakter eines Regierungsrathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 20. Februar d. J. den Titular-Statthalterrath und königlichen Rath Johann Weber, dann den wirklichen Statthalterrath Julius Sublics v. Beissenyes zu wirklichen Räten der königlich ungarischen Statthalterei und zwar den letzteren extra statum allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 12. Februar d. J. das wirkliche Institutsmittglied Dr. Johann Bizio in Venedig zum Vicesecretär am Istituto Veneto di scienze, lettere ed arti allergnädigst zu ernennen geruht.

Der k. k. Staatsminister hat den Lehrer an der k. k. Ober-Realsschule in Salzburg, Wilhelm Duras, über sein Ansuchen in gleicher Eigenschaft an die k. k. Ober-Realsschule in Troppau verlegt und die hiedurch erledigte Lehrerstelle an der erstgenannten Anstalt dem Realsschullehrer, Carl Philiz, verliehen.

Die Oberste Rechnungscontrollbehörde hat die bei der k. k. Centralbuchhaltung für die Communicationsanstalten in Gleditz ausgenommenen Rechnungsrathstellen den Rechnungsofficialen dieser Centralbuchhaltung Anton Stolz und Anton Riedl verliehen.

Die Oberste Rechnungscontrollbehörde hat den Rechnungsofficial der Münz- und Bergwesen-Hofbuchhaltung, Franz Wozarz, zum Rechnungsrath dieser Hofbuchhaltung ernannt.

Die königlich ungarische Hofkanzlei hat den Hofconcipisten bei der königlich ungarischen Hofkanzlei, Alexander v. Aranyossy, zum wirklichen Secretär der königlich ungarischen Statthalterei und dem Statthalterconcipisten, Anton Valencics, zum wirklichen Hofconcipisten der königlich ungarischen Hofkanzlei extra statum ernannt.

Stand

der im Umlaufe befindlichen Münzschneide. Der Gesamtbetrag der zu Ende Jänner 1864 im Umlaufe befindlichen Münzschneide betrug in 6,836,247 fl. Wien, den 26. Februar 1864.

Vom k. k. Finanzministerium.

Nichtamtlicher Theil.

Crafaun, 1. März.

Ueber die Antwort Dänemarks auf die so dringenden englischen Eröffnungen schreibt man der „Presse“ aus Kopenhagen, 24. v. M.: Am Dinstag Vormittags berief der König, unaufrichtig durch den englischen Gesandten und durch Telegraphie aus London gedrängt, ein sogenanntes erweitertes Conseil, wie dies in wichtigen Fällen geräthlich ist, welches übriges keine beschließende, sondern nur eine consultative Befugniß hat, zu einer ersten Sitzung zusammen. Es bestand aus 23 Mitgliedern, und erklärte sich mit 14 gegen 9 Stimmen für Annahme der vorgeschlagenen Konferenz im Principe, d. h. ohne Präjudiz für irgend ein Programm, aber nur unter der Bedingung eines gleichzeitig eintretenden Waffenstillstandes aus Grund des Status quo auf dem Kriegsschauplatz in Schleswig, bei vorgängiger Räumung der Position Kolding durch den Feind. Mitwöch Morgens fand die zweite Sitzung statt. Die Majorität sprach sich dahin aus, daß die Forderung aufzustellen sei, während des Waffenstillstandes müsse die Möglichkeit gegeben sein, die Wahlen in Schleswig zu dem bereits ausgeschriebenem Reichsrathe zu bewerkstelligen, damit die November-Verfassung in gesetzmäßiger Weise umgestaltet oder auch aufgehoben werden könne. Das Ministerium adoptirte diese Gutachten insofern, als es an der Waffenstillstands-Bedingung festhielt. Diese Bedingungen kommen einer Ablehnung des englischen Konferenzvorschlages gleich, denn einen Waffenstillstand scheinen die deutschen Großmächte nur acceptiren zu wollen, wenn die Dänen Düppel und Alsen räumen. Gegen diese Räumung würde dann vielleicht Preußen sich herbeilassen, seine Truppen vom jütischen Boden zurückzuziehen. Vorläufig fehlen also einer Verständigung mit Dänemark alle Voraussetzungen.

Laut Kopenhagener Berichten hat König Christian die Reichstags-Adresse am 27. v. M. entgegengenommen. In seiner Antwort an die Deputation des Reichstags erklärte der König, er verspreche nicht zu wanken und die gegenwärtige Union nicht aufzugeben.

Der erwähnte, von Oesterreich und Preußen in der Bundestagsitzung vom 25. v. M. gestellte Antrag lautet (nach Verlesung auf den Bundesbeschluß vom 1. October v. J.), durch welchen festgesetzt worden war, daß Oesterreich und Preußen eine erste Reserve von je 5000 Mann an der holstein'schen Gränze aufstellen und daß die Reserven beider eventuellen schleuniger Heranziehung unter den Befehl des königlich sächsischen Obergenerals der Executionstruppen gestellt werden sollten; daß aber die beiden genannten Regierungen für den Fall eines durch fernere feindliche Haltung der königlich dänischen Regierung und Bedrohung des Herzogthums Holstein herbeigeführten großen Conflicts überlegene Streitkräfte von wenigstens je einem Armeecorps ins Feld stellen und daß alsdann der Oberbefehl über die sämtlichen vereinigten Streitkräfte der Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen anbeizugeben werden sollte. Die seitdem eingetretenen Ereignisse, welche mit der Ausbringung deutscher Schiffe durch dänische Kreuzer von dänischer Seite die Gestalt voller Kriegsführung angenommen haben, lassen ebenjowohl die Executionstruppen in Holstein, als das Heer der Verbündeten Schleswig als bedroht erscheinen und schon jetzt wer-

den erstere gegen Angriffe von Norden her nur durch die Occupation des Herzogthums Schleswig durch österreichische und preussische Truppen gedeckt. Insofern dadurch, wie dies auch durch den königl. sächsischen Antrag vom 13. Februar d. J. anerkannt wird, das Bedürfnis einer verstärkten Besetzung Holstein's hervortritt, sind zu diesem Zweck, den obengedachten Bundesbeschlüssen gemäß, zunächst Oesterreich u. Preußen berufen, das Executionscorps unter Generalleutnant v. Hake wieder auf die erforderliche Stärke zu bringen, also die erwähnten, von ihnen disponibel gehaltenen ersten Reserven von je 500 Mann in Holstein aufzustellen. Es ist aber damit zugleich der weiter vorgesehene Fall eingetreten, daß die von Oesterreich und Preußen bereit gehaltenen „überlegenen Streitkräfte“, die zur Deckung der Executionsaufstellung im Norden sich in Activität befinden, zu demjenigen Zusammenwirken mit den übrigen Bundesexecutionstruppen berufen sind, welches nach Maßgabe der getroffenen Verabredungen der gemeinsame und einheitliche Oberbefehl bedingt, über den Oesterreich und Preußen sich verständigt hatten. Die Gesandten von Oesterreich und Preußen sind angewiesen, noch besonders hervorzuheben, wie dringend nothwendig vom bloß militärischen Gesichtspunct aus diese Einheit des militärischen Oberbefehls für die in den beiden Herzogthümern Holstein und Schleswig aufgestellten Truppen ist. Der Schutz gegen feindliche Angriffe, das dazu nöthige Ineinandergreifen der strategischen Operationen und der Erfolg des offensiven, wie defensiven Kampfes gegen den gemeinsamen Gegner können nur durch die einheitliche Leitung gesichert werden.

Die Regierungen von Oesterreich und Preußen finden diese Maßregel in den bereits von der hohen Bundesversammlung genehmigten Verabredungen, deren Voraussetzungen jetzt eingetroffen sind, begründet. Sie wünschen aber um so mehr eine nochmalige Gutheißung derselben durch die hohe Bundesversammlung, als dadurch zugleich allen weiteren Irrungen und Mißverständnissen, wie sie bei neuerlichen Vorgängen in Altona stattgefunden haben, vorgebeugt und das ganze Verhältniß dauernd regulirt werden würde.

Sie sehen es zugleich als selbstverständlich an, wie schon in dem Anschlußvortrage vom 19. Sept. v. J. ausgesprochen ist — daß nunmehr auch die Regierungen von Oesterreich und Preußen je einen Civilcommissär ernennen, welche in Gemeinschaft mit dem königlich sächsischen und dem königlich-hannoverschen Commissarius die Verwaltung des Herzogthums Holstein zu leiten und in den gemeinsamen Angelegenheiten die Beziehungen zur Verwaltung Schleswigs zu vermitteln haben würden. Auf Grund des Vorangeführten und in der Hoffnung auf Zustimmung ihrer Bundesgenossen beantragen die Regierungen von Oesterreich und Preußen:

1. Hohe Bundesversammlung wolle sich, mit Bezug auf die in dem Bundesbeschlusse vom 7. December v. J., Ziffer 2, angezogenen und genehmigten Verabredungen der vier Regierungen damit einverstanden erklären, daß nunmehr der Oberbefehl über die in Holstein aufgestellten Executionstruppen an den Oberbefehlshaber der vereinigten österreichisch-preussischen Streitkräfte übergebe;
2. Hohe Bundesversammlung wolle hievon den Regierungen von Sachsen und Hannover mit dem Ersuchen um Ertheilung der geeigneten Weisungen an ihre Militärbefehlshaber durch ihre Herren Gesandten Kenntniß geben;
3. Hohe Bundesversammlung wolle die Bestellung zweier weiteren Civilcommissäre für Holstein durch Oesterreich und Preußen genehmigen und der Anzeige über die Ernennung derselben entgegensehen.

Die Circulardepesche, welche Preußen am 14. Februar an die deutschen Höfe gerichtet hat, lautet:

„Guerre wird es bereits bekannt sein, daß in der Bundestagsitzung vom 11. d. M. ein Vortrag der Majorität des holsteinischen Ausschusses in der Erbfolgefrage abgegeben worden ist, welcher sich ausschließlich mit dem Londoner Vertrage vom 8. Mai 1852 beschäftigt und den Antrag stellt, daß die Bundesversammlung die Verbindlichkeit desselben für den Bund als solchen ablehne, die Unausführbarkeit desselben erkläre und die Ansprüche des Königs Christian IX. von Dänemark aus diesem Titel zurückweise.“

Die Gesandten von Preußen und Oesterreich haben dagegen ein Minoritätsvotum abgegeben, von welchem ich Ihnen in der Anlage ein Exemplar übersende.

Sie werden daraus des Näheren ersehen, wie wir es der Stellung und Würde des Bundes nicht angemessen halten, daß derselbe sich mit einer Frage beschäftige, welche ihn im Augenblick gar nicht vorliegt; daß er im ersten Theile des Antrages eine Verbindlichkeit des Londoner Vertrags für sich ablehne, welche von Niemand behauptet wird; daß er im zweiten ein Urtheil über die Ausführung abgebe, welches offenbar über seine Competenz hinausgeht;

